

Freiheit und Verantwortung waren Thema

Region: Politischer Aschermittwoch der CVP Wahlkreis Entlebuch in Schüpfheim

Freiheit und Verantwortung waren die Themen am Politischen Aschermittwoch im Entlebuch. Nationalrat Gerhard Pfister war zu Gast in Schüpfheim und sprach über ein breites Spektrum politischer Themen.

Text und Bild Lukas Studer

Den ursprünglich bayrischen Brauch aufnehmend kamen Mitglieder der CVP Wahlkreis Entlebuch bereits zum zweiten politischen Aschermittwoch im Entlebuch zusammen. Die jugendliche Kapelle «Äntlibuecher Bergklänge» übernahm die musikalische Begrüssung.

Das Thema Freiheit und Verantwortung leitete Jeannette Riedweg in ihrer Begrüssung mit einem Zitat von Albert Camus ein: «Die Freiheit besteht in erster Linie nicht aus Privilegien, sondern aus Pflichten.»

Die CVP nutzte den Anlass zugleich für eine Vereinsgründung und hob als ersten Programmpunkt den Verein «Politischer Aschermittwoch auf Heiligkreuz im Entlebuch» aus der Taufe. Dass die Gründungsversammlung im «Kreuz» statt auf Heiligkreuz stattfand, war der Eidgenössischen Zollverwaltung zuzuschreiben, die eine Weiterbildung im Wallfahrtsort durchführte.

Zu viele sind «liberal»

«Verantwortung ist der Preis, den man für die Freiheit zahlt.» Ruedi Lustenberger eröffnete seine Ansprache mit einem zum Thema passenden Zitat von Betty Zucker. Der alt Nationalrat zeigte mit einem Augenzwinkern auf, wie Freiheit und Verantwortung im Entlebuch schon vor 200 Jahren gepflegt wurden. Dann überliess er das Rednerpult dem Hauptreferenten, dem Zuger Nationalrat Gerhard Pfister.



Der Zuger Nationalrat Gerhard Pfister erläutert dem Publikum sein Verständnis von Freiheit.

Der Kandidat für das nationale CVP-Präsidium erklärte in klaren Worten, wie wichtig ihm die Freiheit in Wirtschaft und Gesellschaft ist. Er kritisierte die allzu häufige Verwendung des Wortes «liberal», mit dem sich Politiker von links bis rechts zu schmücken pflegten. «Das Wort liberal wird entkoppelt von jeder Verbindlichkeit», so der 53-Jährige.

Zurückhaltung des Staates

Pfisters wichtigste These war eindeutig: In einer freien Gesellschaft hat sich der Staat zurückzuhalten, insbesondere aus Angelegenheiten von Privatpersonen. Jeder solle selber entscheiden können, was für ihn ein gutes Leben bedeute. Dafür gelte aber auch: «Freiheit geht nicht ohne Verantwortung, sonst ist sie Beliebigkeit.»

Die Aufgabe der Politik sah Pfister darin, einerseits freiheitliche Werte zu verteidigen, andererseits aber auch Grenzen zu setzen, um nicht Anarchie und Chaos den Weg zu bereiten.

Im Blick auf die Wirtschaft war für den Nationalrat klar: Manager und Unternehmer müssen frei entscheiden können, zugleich haben sie aber auch Verantwortung zu tragen. Besonders viel Verantwortung obliegt gemäss dem Politiker denen, die die Folgen ihrer Handlungen nicht selber tragen, beziehungsweise «ihre Suppe nicht selber auslöfeln müssen» – explizit angesprochen waren Manager und Politiker.

Eine Gefahr für die Freiheit sah Pfister darin, die «political correctness» so weit zu treiben, dass man kritische Diskussionen verhindere – beispielsweise dringend notwendige Debatten über den Islam. «Sich nicht kritisieren heisst, sich nicht ernst nehmen», zitierte er einen NZZ-Artikel.

Ein wichtiger Punkt waren für den Nationalrat auch die Menschenrechte.



Regierungsrat Guido Graf nimmt Stellung zur Asylthematik. Von links: Podiumsleiter Dominik Feusi, Guido Graf und Ruedi Lustenberger.

«Das Wort liberal» wird entkoppelt von jeder Verbindlichkeit.»

Gerhard Pfister, CVP-Nationalrat aus dem Kanton Zug

Konsens am Podium

Am anschliessenden Podium, geleitet von Dominik Feusi, Bundeshausredaktor der Basler Zeitung, beteiligten sich nebst den beiden Vorrednern noch Regierungsrat Guido Graf und Wahlkreispräsident Christian Ineichen. Dieser sah das Problem beim Übernehmen von Verantwortung darin, dass dabei immer auch Macht übernommen werde.

Guido Graf verteidigte die Luzerner Politik gegen Kritik, im Asylwesen wie

in der Bildung: «Es wird auf hohem Niveau gejammert. Wenn wir eine Schullektion streichen, geht gleich der Kanton Luzern unter.»

Die Voten aus dem Publikum betrafen die Flüchtlingspolitik und den manchmal fehlenden gesunden Menschenverstand in der Politik. Pfister und Graf teilten die Ansicht, dass es bei der Asylpolitik am Bund liege, Kantone und Gemeinden zu entlasten. Dies könne beispielsweise durch das Errichten von neuen Bundesaufnahmestellen geschehen. In der ganzen Runde war man sich einig, dass man den Gemeinden möglichst viel Entscheidungskompetenz einräumen sollte – auch in anderen Bereichen.

Das Thema «Parteiinterne Differenzen» wurde unter den Politikern zwar diskutiert, trat an diesem Nachmittage aber nicht zutage – kritische Fragen, auch zu den bevorstehenden Abstimmungen, waren keine zu hören.